

Herausforderungen an die Große Koalition: Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland

(Kommentar zum Ergebnis der Sabrow-Kommission)

21. Mai 2006

Markus Meckel, MdB

Viele hätten es nicht mehr gedacht. Die Geschichte qualmt noch. Da treten plötzlich hohe Stasioffiziere organisiert und abgesprochen bei einer Veranstaltung auf und versuchen ihrer Geschichtsklitterung öffentlich Geltung zu verschaffen. Da sind erste Reaktionen äußerst lau. Erst langsam wird bewusst, was da geschieht und es regt sich Gegenwehr. Nicht zuletzt dies hat wiederum geholfen, in den Reihen der Politik ein mehrheitliches Bewusstsein dafür zu schaffen, dass auch nach dem Ende diesen Jahres eine Überprüfung auf die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit bei wichtigen öffentlichen Ämtern ermöglicht werden muss, auch wenn die Regelanfrage im öffentlichen Dienst beendet wird. Das erfordert eine Novellierung des Stasiunterlagengesetzes, die in den nächsten Wochen auf den Weg gebracht werden muss.

Gleichzeitig muss auch mehr für die Opfer getan werden. Die Gerechtigkeitslücke ist für sie besonders groß geworden, seit die Bundesregierung nach oberster Rechtsprechung den Bediensteten von SED-Staat und Staatssicherheit hohe Summen für Sozial- und Altersversorgung zahlen muss. Nun sehen die Opfer in der Großen Koalition ihre letzte Hoffnung, wurden sie doch oft genug enttäuscht. Egal, welche konkrete Lösung gefunden wird: Die künftige Entschädigungslösung darf sich nicht mehr vor allem an der sozialen Bedürftigkeit ausrichten, sondern muss ihnen als Rechtsanspruch zuerkannt werden, womit dann auch eine moralische Wiedergutmachung verbunden ist. Außerdem müssen endlich auch Opfergruppen einbezogen werden, die bisher leer ausgingen. Dazu gehören Schüler, die verfolgt und relegiert wurden sowie die nach dem Krieg jenseits von Oder und Neiße Verschleppten, oft Frauen, die Furchtbares erlebten...

Mit der Veröffentlichung der Empfehlungen der Sabrow-Kommission über Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ ist die öffentliche Diskussion über die Vergangenheit nun vollends aufgebrochen. Das ist gut. Zu lange hatte es den Anschein, als liefe alles gut. Die verschiedenen Institutionen in diesem Themenfeld arbeiteten ja, gelegentlich gewürdigt, aber doch fern der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Dabei läuft vieles nicht gut. Die Kommission verweist zwar mit Recht darauf, dass Deutschland in den letzten Jahrzehnten im internationalen Vergleich viel geleistet hat, doch benennt sie auch große Defizite. Dazu gehört die fast durchgehende Unterfinanzierung fast aller mit diesem Thema beschäftigten Institutionen und Gedenkstätten – einzige Ausnahme ist die Behörde der Beauftragten für die Stasiunterlagen. Besonders misslich ist der Zustand der ehemaligen Zentrale der

Staatssicherheit in der Normannenstraße, die dort dringend benötigte Gedenkstätte des Bundes gibt es immer noch nicht.

Nachdem die rot-grüne Bundesregierung mit der mit der neuen Zuständigkeit für die Birthler-Behörde und die Stiftung Aufarbeitung Handlungsfähigkeit geschaffen hat, wollte sie die Aufarbeitungslandschaft neu zu ordnen und richtete die Kommission ein, um Vorschläge dafür zu erarbeiten. Nun liegen diese vor und die Große Koalition muss nun beweisen, dass sie der Aufarbeitung des Kommunismus neben der Aufarbeitung des Nationalsozialismus die gebührende Aufmerksamkeit widmet. Dazu gehört Handlungswillen und Konzeptionsfähigkeit. Dabei wird dann die Sorge Mancher zu widerlegen sein, dass die Neuordnung nicht am Ende zu noch weniger öffentlichem Engagement und Geld statt zur gewollten Verstärkung, Effizienz und Klarheit der Aufarbeitungsinstitutionen führt!

Die Kommission hat eine Reihe wichtiger Vorschläge gemacht und Anregungen gegeben. Manche von ihnen möchte ich erweitern oder variieren:

1. Im Auftrag an die Kommission wird von der „SED-Diktatur“ gesprochen, wie oft in Deutschland (auch die Stiftung Aufarbeitung heißt ja eigentlich so). In den Empfehlungen wird jedoch vor einer „Verinselung“ der DDR-Geschicht im Geschichtsbewusstsein gewarnt. Die Perspektive von Öffentlichkeit, Forschung und politischer Bildung müsse europäischer und globaler werden. Die SED-Diktatur war eben Teil der kommunistischen Welt, in allen zentralen Fragen von Moskau abhängig und gesteuert. Ein Vergleich mit den anderen sowjetischen Satellitenstaaten hilft bei der Beurteilung der DDR. Deshalb sollten wir auch in Deutschland besser von der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur sprechen – und wie vorgeschlagen die internationale Perspektive und Zusammenarbeit verstärken.
2. Für ein Gesamtkonzept eines Geschichtsverbundes ist es wichtig, das Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung einzubeziehen. Ebenso die wissenschaftliche Forschung. Diese boomte in den 90er Jahren nach der Öffnung der Akten und ist nun auf den sehr niedrigen Stand von 1990 zurückgefallen. Dazu kommt, dass die Lehre an den Universitäten - wo es sie noch gibt, sich wieder zunehmend mehr unpolitischen oder kulturellen Themen zuwendet. Die DDR als Diktatur, eingebunden in die kommunistische Welt, kommt kaum mehr vor. Von Opposition und Widerstand erfährt man nur selten etwas. Das Gleiche gilt für den Unterricht an den Schulen, worauf die Kommission mit Recht verweist. Die Geschichte der DDR wird noch zu sehr von außen dargestellt, nicht als Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte. Sie muss in den Lehrplänen der Länder, auch der westdeutschen!, verpflichtender Bestandteil sein, nicht nur mit Empfehlungscharakter wie bisher.
3. Die Kommission schlägt die Bildung von drei institutionellen Kristallisationskernen vor, die thematisch unterschieden sein sollen: „Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand“, „Überwachung und Verfolgung“ sowie „Grenze und Teilung“. Damit will sie einer insbesondere auf die Repressionserfahrung und Teilung konzentrierten Perspektive entgegenwirken und auch die Alltagswelt in der DDR in den Blick einbeziehen. Dies hat ihr den Vorwurf eingehandelt, dass sie so faktisch die von ihr selbst kritisierte

Trivialisierung des DDR-Systems begünstige. Ich stimme demgegenüber dem Anliegen der Kommission zu, dass alle diese drei Schwerpunkte wichtige Bereiche der Aufarbeitung beschreiben und nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Erst in ihrer Verquickung und Verwobenheit vermitteln diese drei Themenkomplexe ein richtiges Bild. Der Film „Das Leben der anderen“ macht dies in überzeugender Weise deutlich. Deshalb ist eine Gliederung der Aufarbeitungsinstitutionen nach dieser thematischen Unterscheidung nicht sinnvoll. Sowohl die Forschung wie die politische Bildung müssen gerade der Verflechtung dieser Perspektiven nachgehen und somit jeweils das ganze Spektrum des Lebens in der DDR behandeln. Deshalb ist dafür zu plädieren, von einer solchen Komplexbildung abzusehen. So vermeidet man auch die Schwierigkeit, in welchem Verhältnis die sog. Leiteinrichtungen zu den anderen Einrichtungen stehen sollten.

4. Für die Gestaltung eines Geschichtsverbundes zur kommunistischen Diktatur stellen sich drei grundsätzliche Fragen: 1. Wie soll das institutionelle Gefüge der öffentlichen Träger der politischen Bildung, der gesellschaftlichen Aufarbeitung von Bund und Ländern in Zukunft aussehen? 2. Geben die derzeitigen Gedenkstätten und Lernorte alle wichtigen Dimensionen der kommunistischen Diktatur wider, wo gibt es Defizite? Wie können diese besser vernetzt werden und zusammenarbeiten? 3. In welchem institutionellen Rahmen ist in Zukunft die Zugänglichkeit der Akten der Staatsicherheit zu gewährleisten und wofür dürfen sie auch in Zukunft genutzt werden? Meines Erachtens sollte sich der Bundestag im Herbst mit diesen drei Grundfragen in jeweils eigenen Anhörungen befassen und dabei auch die Vorschläge der Kommission abwägen.
5. Ein seit Jahren missliches Defizit ist die Gestaltung der ehemaligen Stasizentrale in der Normannenstraße mit dem Sitz Erich Mielkes. Hierzu macht die Kommission den wegweisenden Vorschlag, den Lernort Normannenstraße mit der Gedenkstätte Hohenschönhausen unter das Dach einer gemeinsamen Stiftung zusammenzuführen. So könnten die Ausstellungen zu beiden Dimensionen der Staatssicherheit – Verfolgung und Überwachung wie die Situation der Opfer – aus einer Hand und aufeinander bezogen konzipiert und erstellt werden. Schon im Übergang, endgültig aber nach dem Auslaufen der Birthlerbehörde, sollten Teile ihrer Abteilungen Forschung und Bildung dieser in Abstimmung mit dem Land Berlin neu zu schaffenden Stiftung zugeordnet werden. Damit wäre an authentischen Orten gewissermaßen eine „Topographie der Repression“ geschaffen, wo die kommunistische Diktatur erfahrbar wird.
6. Die Birthlerbehörde ist im Zentrum ein Sonderarchiv der Stasiunterlagen. Sie wurde geschaffen, um ihre Zugänglichkeit und Nutzung zu gewährleisten. Diese Öffnung der Akten war eine historische Leistung, die auch für die Zukunft gesichert werden muss – nicht die Institution! Für die nächsten mindestens 10 Jahre muss die Behörde sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: die persönliche Akteneinsicht, auf die man immer noch zu lange warten muß, Erschließung und Auswertung der Akten, die Rekonstruktion des vorvernichteten Aktenmaterials, die Bereitstellung von Findbüchern und die Erarbeitung von Quelleneditionen. Die Abteilung Wissenschaft und Forschung hat eine Monopolstellung im ungehinderten

Zugang zu den Akten und muss - mehr als bisher praktiziert - eine Dienstleitungsfunktion für die Wissenschaft wahrnehmen.

Längerfristig sollten die Bestände der Staatssicherheit an das Bundesarchiv gegeben, möglicherweise auch Teile an Landesarchive, doch dann braucht es einheitliche Nutzungsregeln. Es muss geprüft werden, welche gesetzlichen Regelungen für eine solche Überführung notwendig sind. Kriterium muss sein, dass die Zugänglichkeit der Archivbestände zu erhalten und wo möglich auszubauen, bei gleichzeitiger Achtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen! Die konkreten Bedingungen sollte der Bundestag im Herbst in einer Anhörung klären und nach öffentlicher Debatte im nächsten Jahr entscheiden. Mir scheint das Jahr 1919 ein gutes Datum für die Übergabe der Akten zu sein – 30 Jahre nach der friedlichen Revolution läuft auch der Solidarpakt aus (Ende der Sonderregelungen Ost). Eine baldige Entscheidung hilft dabei, in den nächsten Jahren vom Ende her Prioritäten der Arbeit festzulegen und schon im Übergang Teile der personellen Kapazitäten, die eine große Sach- und Vermittlungskompetenz erworben haben, an die dann neue Stiftung „Topographie der Repression“ (Normannenstr./Hohenschönhausen) zu überführen.

7. Im Bereich der politischen Bildung und der gesellschaftlichen Aufarbeitung hat sich erfreulicherweise in großer Pluralität, Autonomie und Dezentralität ein Netz von Initiativen, Dokumentationszentren, Foren und Archiven entwickelt. Viele von ihnen erhalten Unterstützung durch die „Stiftung Aufarbeitung“, welche auch die Kommunikation untereinander fördert. Diese Arbeit muss erhalten bleiben – nur ihrer akuten Finanznot muss abgeholfen werden. Aufmerksamkeit braucht jedoch die institutionelle Struktur auf Landesebene. Hier gibt es neben der politischen Bildungsarbeit der Landesbeauftragten noch die Außenstellen der Birkhlerbehörde, die vergleichbare. Gelänge es, mit den Ländern eine Verständigung zu erzielen, dass sie die Arbeit der Landesbeauftragten für noch mindestens 10 Jahre sicherstellen, könnte die politische Bildungsarbeit der Außenstellen eingestellt und die eingesparten Finanzmittel des Bundes über die Stiftung Aufarbeitung in die Förderung dezentraler Initiativen fließen. Wichtige Einrichtungen wie die „Runde Ecke“ in Leipzig und die Havemann-Gesellschaft in Berlin sollten durch die Länder eine institutionelle Grundsicherung erhalten.
8. Nachdem über viele Jahre die Mauer und die Erinnerung an sie immer mehr aus dem Stadtbild verschwanden, so dass die vielen Touristen sie auch nicht mehr finden konnten, hat der Berliner Senat nun ein Konzept zum Mauergedenken vorgelegt, das große Unterstützung verdient. Wegen der nationalen Bedeutung dieser Vorhaben ist ein größeres Engagement des Bundes dringend geboten. Ein erster Schritt muss sein, die benötigten Grundstücke im Bundesbesitz in eine für das gemeinsame Projekt zu errichtende Stiftung einzubringen.
- 8 Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Deshalb braucht es hier das große Engagement des Bundes. Doch weist die Kommission mit Recht auch auf die Verantwortung der Länder hin, einschließlich der westdeutschen. Vieles ist nur mit den Ländern gemeinsam möglich. In Wissenschaft und Bildung – zentralen Bereichen der Aufarbeitung! – geht die Verantwortung des Bundes zurück. Es sollte nach Möglichkeiten

gesucht werden, dieser gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern eine dem Austausch und der Koordination zwischen Bundesregierung und Bundesrat dienende Struktur zu geben.